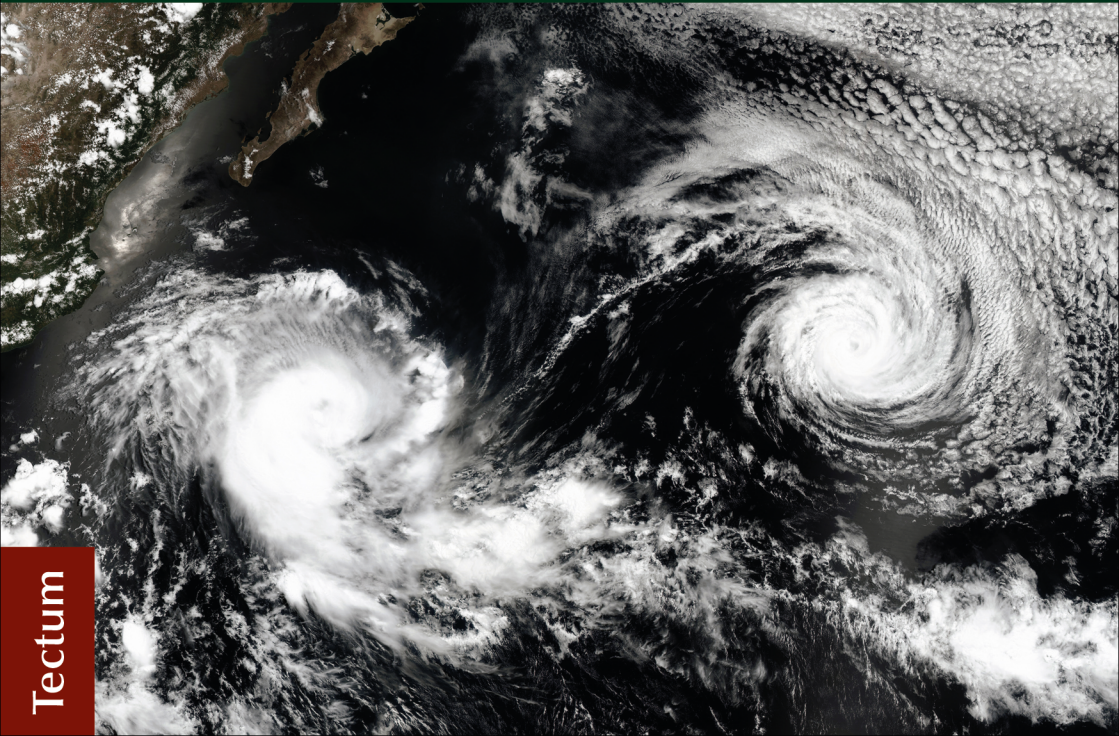


Lea Rahman

Neokoloniale Strukturen in der internationalen Klimapolitik

Eine postkoloniale Perspektive auf den Diskurs
im Rahmen der UN-Klimakonferenzen



Lea Rahman

**Neokoloniale Strukturen
in der internationalen Klimapolitik**

Lea Rahman

**Neokoloniale Strukturen
in der internationalen Klimapolitik**

**Eine postkoloniale Perspektive auf den Diskurs
im Rahmen der UN-Klimakonferenzen**

Mit einem Vorwort von PD Dr. Ulrich Roos

Tectum Verlag

Lea Rahman

Neokoloniale Strukturen in der internationalen Klimapolitik. Eine postkoloniale Perspektive auf den Diskurs im Rahmen der UN-Klimakonferenzen

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021

ePDF 978-3-8288-7662-0

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN

978-3-8288-4599-2 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlaggestaltung: Tectum Verlag, unter Verwendung des Bildes
660442843 von NASA images | www.shutterstock.com

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

Vorwort	VII
1. Einleitung	1
2. Erläuterung der Forschungsfrage	7
3. Postkoloniale Ansätze	11
3.1 Kolonialismus	14
3.2 Neokolonialismus	17
3.3 Epistemische Gewalt	23
3.3.1 Westen und Moderne	24
3.3.2 Der Entwicklungsdiskurs	27
3.3.3 Der Global-Governance-Diskurs	30
3.4 Poststrukturalismus und Marxismus	33
3.5 Ökologischer Imperialismus und Schuld	35
4. Kontextwissen und Forschungsstand	39
4.1 Internationale Klimapolitik	39
4.2 Schäden und Verluste	43
4.3 Forschungsstand	48
5. Epistemologische und ethische Positionierung	53
5.1 Erkenntnistheorie	53
5.2 Ethische Positionierung	56
6. Methodisches Vorgehen und Datenmaterial	61
6.1 Wissenssoziologische Diskursanalyse	61
6.2 Grounded Theory	65
6.3 Vorgehen bei der Analyse	69

7. Präsentation der Befunde	73
7.1 Unverbindlichkeit der Beschlüsse	74
7.2 Positionen im Diskurs	76
7.3 Fortdauern kolonialer Machtstrukturen	80
7.4 Wie wird Macht auf der Ebene des Wissens durchgesetzt und deutlich? Epistemische Gewalt im Diskurs	83
7.5 Reproduktion ökonomischer Ausbeutungs- verhältnisse und Ungleichheiten	88
7.6 Fortdauern und Verschärfung ökologischer Schuld und Ungleichheit	89
8. Fazit	93
Abkürzungen	99
Anhang	101
A 1. Selbstreflexion	101
A 2. Auswertung	102
A 2.1 Kategoriensammlung	103
A 2.2 Befunde in Bezug zur forschungsleitenden Heuristik	127
Literatur	139

Vorwort

Je intensiver die gravierenden Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels in das Bewusstsein der immer reflexiver werdenden Weltöffentlichkeit treten, umso mehr politische Aufmerksamkeit wird dem Problem und dessen Bearbeitung zuteil. Ein wesentliches Spezifikum des Klimawandeldiskurses ist daher wohl, dass die Nicht-Thematisierung des zugrundeliegenden Problems seitens staatlicher Akteure nicht (mehr länger) möglich ist. Zwar werden zu Dringlichkeit, Ursachen, Auswirkungen und zur Frage der Klimagerechtigkeit sehr unterschiedliche Positionen bezogen, aber das Thema zu ignorieren, es zu ver- oder gar totzuschweigen, es durch Non-Kommunikation aus der Welt zu halten, dies ist inzwischen unmöglich geworden. Der Klimawandeldiskurs wird die politische Kommunikation des 21. Jahrhunderts bestimmen. Und genau dies unterscheidet den Klimawandeldiskurs vom Diskurs über Neokolonialismus. Denn obwohl die bis heute andauernde imperiale Unterwerfung, die grausame Vergewaltigung ganzer Gesellschaften, die von nie enden wollender Gier getriebene Ausbeutung, die Versklavung des Menschen durch den Menschen sowie die immer neuen Formen von Ermordung, Folter und die altbekannten Rituale der Demütigung seit Jahrhunderten offensichtlich sind, wird die gegenwärtige neokoloniale Variante des hierfür ursächlichen Herrschaftsprozesses in den Gesellschaften des globalen Nordens weitgehend ignoriert. Umso vielversprechender erscheint der Versuch, diese beiden Formen von Gewalt – die gewaltförmige Veränderung des Weltklimas und die koloniale Gewalt – miteinander in Beziehung zu setzen und nach deren historischen und systemischen Zusammenhängen zu fragen und die Gegenwart dieser Zusammenhänge entlang eines klar konturierten Gegenstandsbereichs in den Blick zu nehmen. Die jährlichen Conferences of the Parties der UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) bilden einen gleichermaßen relevanten wie geeigneten Gegenstand, um der Frage nachzugehen, ob und gegebenenfalls wie neokoloniale Strukturen auch in der internationalen Klimapolitik sichtbar werden. Diese – von Lea Rahman aufgeworfene – Frage ist nicht bloß irgendwie relevant, sie nimmt den Nukleus gegenwärtiger Probleme des Weltregierens und der inter- wie transnationalen Politik in den Blick. Denn zwischen Klimawandel, Kolonialismus, Imperialismus, Extraktivismus und Hegemonie der neoklassischen Ökonomik besteht

nicht bloß irgendein Zusammenhang unter vielen im Kosmos der Zusammenhänge. Die Geschwindigkeit der Industrialisierung und ökonomischen Expansion der (zunächst europäischen) Staaten wäre ohne Kolonialismus und Imperialismus nicht denkbar gewesen und umgekehrt gilt dasselbe. Der Ressourcenraub, die Landnahme und die gewaltförmige Aneignung menschlicher Arbeitskraft befeuerten die ökonomische Expansion, die ökonomische Expansion potenzierte das Machtungleichgewicht zwischen Gewalttätern und deren Opfern, schuf ein totales System von Abhängigkeit und Dominanz, das etwa durch völkerrechtliche Fesseln konstruiert wurde. Dass die Autorin der vorliegenden Arbeit eingedenk dieser Faktenlage nicht der Versuchung erliegt, den (vermeintlich) „Stimmlosen eine Stimme geben“ zu wollen, ist wichtig. Denn schon der eine solche Absicht fundierende Befund wäre falsch: Die Dritte Welt, der Globale Süden verfügen über Stimme in der internationalen Politik. Sie sprechen und erklären ihr Leiden. Bloß, und dies bildet die Analyse in Übereinstimmung mit einer Vielzahl gleichlautender Studien ab, sind diese Stimmen im Vergleich zu jenen der Industriestaaten sehr leise, finden kaum Gehör und auch wenn es banal anmuten mag: Die Verletzlichkeit deren Lebenswelt bleibt in den untersuchten Sprechakten der Repräsentant*innen der Industriestaaten Randnotiz. Statt die juristische und historische Verantwortung für das eigene Handeln und dessen Auswirkungen zu übernehmen, zielt der globale Norden zuvorderst auf die totale Verunmöglichung jedweder juristischer Kompensationsansprüche zu erlittenen Verlusten und Schäden. An deren Stelle sollen „freiwillige Hilfsleistungen“ treten, in Verbindung mit der Idee, dass sogenannte Klimarisikoversicherungen die Lage in den betroffenen Gesellschaften retten könnten. Hierin zeigt sich nicht mehr, aber auch nicht weniger, als der absolute Wille zur möglichst endlosen Perpetuierung der ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse, also der Wille zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung des neokolonialen Herrschaftssystems. Der Raubzug soll weiter gehen. Das vorliegende Buch spricht also nicht für den globalen Süden, sondern dechiffriert aktuelle Ausformungen epistemischer Gewalt aus Perspektive und Position einer in den globalen Norden und sein System Eingebundenen. Die Befunde der vorliegenden, akribisch ausgearbeiteten, wissenssoziologischen Diskursanalyse reklamieren dabei nicht als Akt der Selbstreinwaschung für Dritte zu sprechen, sondern sprechen für sich und die Autorin auch zu sich selbst und den eigenen Gesellschaften

des globalen Nordens. Die Analyse adressiert insofern die kollektiven (Ge-)Wissens- und Entscheidungssysteme der hegemonialen Staaten sowie die Grundlagen des Legitimitätsglaubens spätkapitalistischer Gesellschaften.

Ulrich Roos
Frankfurt am Main, im Dezember 2020

1. Einleitung

„We have squandered twenty-five years in zero sum debates even as our indecision accelerates the literal burning and collapse of our world. Our children are in the streets marching while leaders of big nations are dithering and retreating from their responsibilities. (...)

Our capacities to sustain ourselves are rapidly and uncontrollably eviscerating. We are already experiencing irreversible loss and damage, and if, in the next decade the world fails to take aggressive action to curb emissions, the future of our people and our nations hangs in the balance.

The science is irrefutable and compelling. After a century and a half of industrialization carried on outside of our control, the point of reckoning is now. “ (Figueroa 2019)

– *Omar Figueroa, als Repräsentant der AOSIS-Staaten,
Statement auf der COP 25*

“Our last day as a Party to the Paris Agreement will be November 4, 2020, but we will remain focused on a realistic and pragmatic model – backed by a record of real world results. Our model shows how innovation and open markets lead to greater prosperity, fewer emissions, and more secure sources of energy.” (Bernicat 2019)

– *Marica Bernicat, als Repräsentantin der USA,
Statement auf der COP 25*

Der Klimawandel ist eines der zentralen Probleme, mit denen wir in diesem Jahrhundert konfrontiert sind. Die Auswirkungen liegen nicht in der Zukunft: Vor allem in den ärmeren Ländern der Welt sind sie schon jetzt deutlich zu beobachten – also bei denjenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Der ökonomische Aufstieg der reichsten Länder des Planeten geht damit wieder – wie dies seit der Kolonisierung der Fall ist – auf die Kosten der Dritten Welt. Während die Industrienationen wie insbesondere die USA auf ein „realistic and pragmatic model“ (Bernicat 2019) pochen und dabei zynischerweise ein Modell für den Klimaschutz vorsehen, das bei realistischer Betrachtung zu einer globalen Umweltkatastrophe führen wird, um den ökonomischen Wohlstand der reichen Länder zu sichern (vgl. Brand, Wissen 2011: 87f. sowie Bauriedl 2016: 346), stehen die besonders vulnerablen Staaten längst vor Umweltkatastrophen. So schilderte es auch Omar Figueroa, als er bei der Klimakonferenz im Dezember 2019 im Namen der Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS) sprach und an die Vertragsstaaten für gemeinsamen, gerechten Klimaschutz appellierte: „Where I come from, that threat is not distant, it is our reality“ (Figueroa 2019). In gewisser Hinsicht können die jährlich stattfindenden Klimaverhandlungen also als ein Machtkampf zwischen reichen und armen Ländern verstanden werden: Zwischen denen, die für den Klimawandel verantwortlich sind, aber nicht zur Rechenschaft gezogen werden wollen, und denen, die keine Schuld an der Situation tragen, aber besonders unter ihr leiden. Und dennoch findet sich die Staatesellschaft jährlich zu den Konferenzen ein – wissend, dass der Klimawandel letztlich alle einholen wird, wenn auch zunächst in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Härte. Seit 1992 verhandeln die Repräsentant*innen der Staaten nun um Regelungen zum weltweiten Klimaschutz (vgl. Edenhofer, Jakob 2019: 80). Immer wieder scheitern die Konferenzen, doch es gibt auch Erfolge. Seit 2020 gelten die Regeln des Pariser Klimaabkommens. Es wird sich zeigen, wann die Welt endlich ihren Scheitelpunkt beim Ausstoß von klimaschädlichen Emissionen erreichen wird, der in diesem Übereinkommen möglichst schnell angestrebt wird: 2050 sollen nicht mehr Emissionen ausgestoßen werden, als sie an anderer Stelle eingespart werden (vgl. Art. 4, Abs. 1, PA). Doch geht es bei den Verhandlungen nicht nur um den Umgang mit dem Klimaschutz und Emissionseinsparungen. Eine zentrale Frage ist auch die der Gerechtigkeit: Wer muss für die klimawandelbedingten Schäden und Verluste aufkommen? Sollten (arme) betroffene Länder einen völkerrechtlich bindenden Kompensationsanspruch bei den

Verursacherländern haben oder selbst für die Kosten aufkommen? Um diese Fragen wird immer wieder gerungen, abschließend sind sie zwar nicht geklärt, doch zunächst sind Schäden und Verluste im Paris-Abkommen verankert. Während die Länder der Dritten Welt noch immer auf Kompensationen pochen, haben die Staaten der G7 und G20 eine andere Idee: Sie initiierten eine Klimarisikoversicherung, in denen sich die Betroffenen selbst gegen Klimaschäden und -verluste versichern können (vgl. Schumacher 2016: 17ff.). Zwar sind Versicherungen nicht per se abzulehnen, doch muss auch dieses Konzept problematisiert werden: Inwieweit schafft es neue Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnisse und wer profitiert daraus? Besonders interessant scheint mir deswegen auch ein Blick auf die internationale Klimapolitik aus postkolonialer Perspektive zu sein: Denn die Weltordnung ist noch heute von Herrschaftsverhältnissen geprägt, die bis auf den Kolonialismus zurückzufolgen sind (vgl. Mignolo 2005: 7 sowie Kerner 2012: 136). Diese äußern sich zum einen als materielle Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse, zum anderen sind diese Herrschaftsbeziehungen aber auch auf der Ebene des Wissens verankert. Das Zusammenspiel von Macht und Wissen kann in solchen neokolonialen Verhältnissen besonders deutlich nachvollzogen werden (vgl. Brunner 2016a, 2016b).

In dieser Arbeit gehe ich der Frage nach, *ob und gegebenenfalls wie neokoloniale Strukturen in der internationalen Klimapolitik reproduziert werden*. Dazu untersuche ich das Thema der klimawandelbedingten Schäden und Verluste im Rahmen des Paris-Abkommens und der darauf zurückgehenden Verhandlungen. Neben der Untersuchung der Regelungen und deren Konsequenzen werfe ich einen besonderen Blick darauf, auf welche Weise Eurozentrismus und westlicher Universalismus im untersuchten Diskurs deutlich werden. Es sollen schließlich die zugrundeliegenden Macht-Wissens-Verhältnisse identifiziert werden.

Zu Beginn soll nun dieses Forschungsanliegen ausführlich erläutert werden. Danach wird ein Überblick über die postkolonialen Theorien und zentrale Konzepte, auf die ich mich beziehe, gegeben. Hier wird zunächst die Theorietradition skizziert. Es wird dann auf die Kolonialgeschichte eingegangen, da dieser Hintergrund im Zusammenhang der folgenden Teilkapitel relevant ist. Nachdem ich auf den Neokolonialismus in seinem Verständnis nach Nkrumah (1965), das Konzept der Kolonialität nach Quijano (2000) sowie Imperialismus und Globalisierung eingehe, werden neokoloniale Strukturen auf der Ebene des Wissens mithilfe des Konzepts der epistemischen Gewalt nach Brunner (2016a,

2016b) beleuchtet. In diesem Kontext wird auf die Konstrukte des ‚Westens‘ und der ‚Moderne‘ eingegangen. Dazu werden der Entwicklungsdiskurs und der Global-Governance-Diskurs beleuchtet. Anschließend werden die theoretischen Grundlagen, auf die sich postkoloniale Theorien häufig beziehen – Poststrukturalismus und Marxismus – kurz dargestellt. Das Kapitel schließt mit einem Konzept, das nicht aus der postkolonialen Theorietradition stammt, aber für mich ein Bindeglied zwischen dieser und meinem Untersuchungsgegenstand darstellt: Das des ökologischen Imperialismus und damit auch der ökologischen Schuld nach Foster und Clark (2009). Dies führt außerdem zu einer Diskussion von Schuld und Verantwortung im Diskurs. Anschließend gehe ich genauer auf das Feld der internationalen Klimapolitik und dabei speziell auf das Kontextwissen zum Themenfeld der Schäden und Verluste ein. Danach beleuchte ich den relevanten Forschungsstand, auf den meine Analyse aufbaut. Bevor das forschungspraktische Vorgehen erläutert wird, werden noch eine epistemologische Positionierung sowie mein ethischer Standpunkt zu dem gewählten Untersuchungsgegenstand dargestellt. Dies soll der Einordnung meiner Studie sowie der Schlussfolgerungen, die ich daraus ziehe, dienen und Transparenz über den Forschungsprozess herstellen. Methodologisch greife ich auf das Forschungsprogramm der Wissenssoziologischen Diskursanalyse zurück, die Auswertung erfolgt mithilfe der Methode der Grounded Theory. Nachdem ich das konkrete Vorgehen meiner Analyse schildere, werden meine zentralen Befunde präsentiert. Zentrale Forschungsergebnisse sind die Unverbindlichkeit der Beschlüsse, die keinerlei Kompensationsforderungen zulassen und insgesamt recht ungenau formuliert sind sowie die grundsätzlich ablehnende und blockierende Haltung der Industriestaaten im Gegensatz zu den Dritte-Welt-Staaten, die auf verbindliche Regelungen zielen. Es kann ein Machtverhältnis im untersuchten Diskurs beobachtet werden, das sich vor allem darin zeigt, dass die Industriestaaten eine größere Verhandlungsmacht haben und die Regelungen bisher die Haltung dieser widerspiegeln. Teilweise wird dieses Machtverhältnis sogar sehr deutlich angesprochen. Besonders Kritik ernten dabei die USA. Dieses Machtverhältnis spiegelt sich auch auf der Ebene des Wissens wider. Die von mir als neokoloniale Muster bezeichneten Wissensformationen äußern sich in meiner Untersuchung über die verwendete Sprache. Konstrukte wie das der ‚Entwicklung‘ sind stark im Diskurs verankert, aber ich erkenne auch Formen der epistemischen Gewalt, die so noch nicht in postkolonialen Untersuchungen betrachtet wurden, da sie speziell auf den

Klimawandel und die Bewältigung dessen bezogen sind. Letztlich resultiert die aktuelle Konzeption darin, dass ökonomische Ausbeutungsverhältnisse weiter bestehen bleiben und die ökologische Schuld nicht ausgeglichen – und möglicherweise sogar vergrößert – wird. Zusammengefasst und zugespitzt wird dies noch einmal in meinem Fazit dargestellt. Dabei wird auch die Frage der Gerechtigkeit, auf die ich in meiner ethischen Positionierung eingehe, neu aufgerollt. Zunächst aber wird die forschungsleitende Frage ausführlich mit Ausdifferenzierung der Unterfragen erläutert.